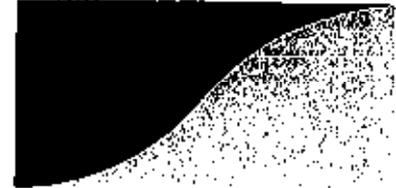


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d



Inhalt

Robert Antretter MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Europakommission der SPD-Bundestagsfraktion, fordert den Außenminister auf, dem Bundestag Rede und Antwort zu stehen in der Frage der Süderweiterung. Seite 1

Harald B. Schäfer MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Innenausschuß des Bundestages, nennt weitere Gründe zur Beibehaltung des geltenden Demonstrationsstrafrechtes. Seite 3

Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt das Engagement der beiden großen Kirchen für die Belange der ausländischen Mitbürger. Seite 5

Georg Schlaga MdB zu den Wahlen in Pakistan: Kein Anlaß zur Hoffnung. Seite 7

40. Jahrgang / 40

27. Februar 1985

Das Beitrittsdrama Spanien und Portugal

Eine Blamage für die Europäische Gemeinschaft

Von Robert Antretter MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Europakommission der SPD-Bundestagsfraktion

Was sich bei den Verhandlungen zum EG-Beitritt von Spanien und Portugal in Brüssel tut, ist wirklich atemberaubend. Nach den ergebnislosen Sitzungen der zehn Außenminister geht offenbar niemand - außer Hans Dietrich Genscher - tatsächlich davon aus, daß der Beitritt am 1. Januar 1986 stattfindet. Wenn nun der nächste "Gipfel" Ende März in Italien auch noch die Detailfragen der Süderweiterung entscheiden soll, dann stehen nach allen Erfahrungen mit dem "Europäischen Rat" die Chancen mehr als schlecht.

Man versteht, warum Genscher seine ganze Hoffnung auf die Sondersitzung des Ministerrats am 28. Februar setzt. Sie muß zum Ergebnis führen, weil nur ab diesem Zeitpunkt überhaupt noch die Fertigung der Vertragstexte und deren Ratifikation in den nationalen Parlamenten technisch möglich wären.

Von der Peinlichkeit einer drohenden Terminverschiebung einmal abgesehen: Auf jeden Fall ist die umständliche und bürokratisierte Beitrittsprozedur schon jetzt zu einer Blamage für die Gemeinschaft geworden. Nach sechs Jahren der Feilscherei um wirtschaftliche Vorteile kann von der einst feierlich versprochenen "zügigen Behandlung des Beitrittsgesuchs" keine Rede mehr sein. Das wesentliche Ziel, nach Überwindung der Diktaturen die Demokratie in Spanien und Portugal politisch zu stabilisieren, ist ebenso in den Hintergrund getreten wie die Bedeutung der soziokulturellen Dimension, die der iberische Raum für den Kontinent einbringt.



Schließlich haben wir alle oft genug erklärt, wir wollten einen Preis für diese historischen Ziele bezahlen. Und dabei konnte niemand übersehen, welche Probleme etwa Fangrechte für die spanische Flotte, die 70 Prozent der EG-Tonnage hat, in EG-Gewässern aufwerfen würden. Solche Probleme sind freilich lösbar, wenn der politische Wille auch in komplexen Verhandlungen stets die Oberhand behält. Und genau daran fehlt es auf schwerwiegende Weise.

Wir Sozialdemokraten sagen zum Stand der Verhandlungen:

1. Soll berechenbar und mit Perspektive abgeschlossen werden, so ist jedenfalls noch in diesem Jahr eine Reform der Agrarordnung unverzichtbar. Es gibt keinen Fortschritt mehr für Europa ohne eine Neuordnung der Landwirtschaft, das heißt auch, ohne ein vernünftiges Mittelmeerprogramm.
2. Da nur der Zwang der leeren Kassen überhaupt Bewegung zur Reform bringen kann, halten wir daran fest, daß die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils für Eigenmittel der Gemeinschaft von 1,0 auf 1,4 Prozent erst nach der Süderweiterung erfolgt - erst dann nämlich, wenn zusätzlicher Finanzbedarf wirklich unabweisbar geworden ist.
3. Nach wie vor widersetzen wir uns Bestrebungen, den Beitrittstermin 1. Januar 1986 zu verschieben und dennoch mehr Geld für die EG-Kassen zu bewilligen. In diesem Punkt hat die Bundesregierung unsere volle Unterstützung, wenn sie entsprechende Vorschläge der Kommission zurückweist.
4. Die Bedeutung dieser Fragen rechtfertigt unsere Forderung, der Bundesaußenminister möge der Europakommission des Deutschen Bundestages in ihrer Sitzung am 1. März 1985 über das Ergebnis der Sondersitzung der zehn Außenminister persönlich berichten.

(-/27.2.1985/va/ks)

+ + +



Hände weg vom Demonstrationsstrafrecht

Auch die Zahl der Demonstrationen und der unfriedlich verlaufenen Demonstrationen spricht gegen eine Änderung

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der Sozialdemokraten im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Staatssekretär Spranger und mit ihm CDU und CSU werden nicht müde, die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts zu fordern. Dabei ist ihnen jede Begründung - sei sie noch so abwegig - recht, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. So werden beispielsweise abenteuerliche Verknüpfungen zwischen dem bestehenden Demonstrationsrecht und dem Terrorismus hergestellt.

Spranger und mit ihm die CDU/CSU wären besser beraten, wenn sie den Bericht des Bundesminister des Innern vom 15. Februar 1985 über die Entwicklung der Demonstrationen und der im Zusammenhang damit begangenen strafbaren Handlungen im Jahre 1984 zur Kenntnis nehmen würden. Danach ist die Anzahl aller Demonstrationen im Jahre 1984 gegenüber dem Jahr 1983 von 9.237 auf 7.453, das heißt um fast 20 Prozent zurückgegangen. Die Anzahl der unfriedlich verlaufenen Demonstrationen hat sich im gleichen Zeitraum von 274 auf 230, das heißt also um cirka 16 Prozent verringert. Von einer Gewalteskalation oder gar einer Zunahme der unfriedlichen Demonstrationen kann also gottlob nicht die Rede sein.

Die beigelegte tabellarische Übersicht zeigt die länderbezogene Entwicklung von 1980 bis 1984. Eine Übersicht über die Demonstrationstätigkeit im Jahre 1984 zeigt auch, daß der geltende Paragraph 125 Strafgesetzbuch (Landfriedensbruch) vollständig ausreicht.

Es fällt aber auf, daß zu den Strafvorschriften, gegen die am meisten verstoßen worden ist, der Landfriedensbruchtatbestand nicht gehört, aber die Tatbestände des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, des Hausfriedensbruchs, der Nötigung und der Sachbeschädigung gehören.



Demonstrationstätigkeit in den Jahren 1980 - 1984

	1980		1981		1982		1983		1984	
	a)	b)								
Baden-Württemberg	283	5	557	75	413	16	935	33	830	38
Bayern	497	6	553	15	537	8	1210	15	844	7
Berlin	344	5	469	12	433	10	870	2	1012	2
Bremen	84	10	144	14	121	11	123	10	142	11
Hamburg	266	16	428	19	836	11	881	6	832	9
Hessen	650	17	981	82	456	71	657	84	537	67
Niedersachsen	490	51	694	40	521	63	928	68	522	37
Nordrhein-Westfalen	1355	19	1487	77	1623	28	2839	39	2157	44
Rheinland-Pfalz	355	1	187	2	175	3	424	8	350	12
Saarland	15	-	60	-	39	-	123	3	64	0
Schleswig-Holstein	132	13	215	21	159	8	247	6	163	3
Gesamt:	4471	143	5772	357	5313	229	9237	274	7453	230

Anmerkung: a) Gesamtzahl aller Demonstrationen

b) Anzahl der unter a) fallenden Demonstrationen die unfriedlich verlaufen sind

+ + + +

(-/27.2.1985/va/ks)

Die ökumenische Ausländertagung von München

Ein gelungener Versuch des deutschen Evangelischen Kirchentages
und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Vom 21. bis 23. Februar 1985 fand in München eine ökumenische Arbeitstagung zu Problemen statt, denen sich bei uns in der Bundesrepublik lebende Ausländer und ihre Familien in steigendem Maße gegenübersehen. An diesem Kongreß haben Vertreter der SPD teilgenommen - die Bundesregierung war leider überhaupt nicht vertreten, Vertreter der anderen Bundestagsfraktionen fühlten sich ebenfalls kaum zur Anwesenheit, zum Zuhören und Mitdiskutieren berufen.

Das ist schade, denn die Bereitschaft der beiden großen Kirchen, eine offene Diskussion zu den Problemen der 4,5 Millionen bei uns lebenden Ausländer zu führen, kann nur begrüßt werden. Der Versuch, eine Plattform zur Ausländerpolitik für die unterschiedlichen Gruppierungen bereitzustellen, das Gespräch über Lösungsmöglichkeiten und Verbesserungsvorschläge zu eröffnen, ist voll gelungen.

Wir Sozialdemokraten haben - nach einer etwas peinlichen Eröffnung - im Verlauf der Tagung mit Befriedigung und Dankbarkeit feststellen können, daß die über 800 Teilnehmer aus Kirchen, Gewerkschaften, Ausländerorganisationen und Sozialarbeit mit uns in hohem Maße darin übereinstimmen, daß die Grundpositionen einer menschenfreundlichen Ausländerpolitik verstärkt werden müssen: Einig war man sich unter anderem in den Forderungen nach einer schnelleren Verfestigung des Aufenthaltsrechts durch eine Aufenthaltsberechtigung ohne erschwerende Bedingungen, in der Ablehnung aller Pläne zur Einschränkung des Familiennachzugs, in der Verurteilung von ausländerfeindlichen Wahlkampfanzeigen, beispielsweise der CDU in Frankfurt, schließlich nach der Einführung eines kommunalen Wahlrechtes als erstem Schritt zur Mitwirkung der auf Dauer innerhalb der europäischen Gemeinschaft lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien an den politischen Entscheidungen.



Bestätigt durch die Argumente und Erfahrungen dieser ökumenischen Arbeitstagung werden wir Sozialdemokraten den Plänen von Unionsparteien und Bundesregierung zur Einschränkung des Ausländerrechtes zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Familien, insbesondere beim Familiennachzug und im Aufenthaltsrecht, weiterhin eine deutliche Absage erteilen.

Die SPD fordert stattdessen erneut eine Novellierung des Ausländergesetzes mit dem Ziel größerer Rechtsklarheit und Rechtssicherheit, um auf diese Weise den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien eine verantwortliche Planung ihres Lebens zu ermöglichen. Die Erfahrungen mit den vernünftigen bremischen und hessischen Verfahrensweisen sind dabei eine wertvolle Hilfe. In den kommenden Monaten wird es wichtig sein, Ausländerfeindlichkeit, wo immer sie auftritt, gezielt abzubauen und besonders darauf zu achten, daß Probleme im Umgang zwischen Behörden und ausländischen Staatsangehörigen, da wo sie bestehen, überwunden werden. Beeinträchtigende Richtlinien und schikanöse Verhaltensweisen sollten sich im Umgang mit ausländischen Staatsangehörigen ebenso verbieten wie bürokratisches Verhalten im Umgang mit deutschen Bürgern.

Dem deutschen Evangelischen Kirchentag und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, beiden großen Kirchen und ihren Wohlfahrtsorganisationen Caritas und Diakonie ist für ihr Engagement in der Ausländerpolitik zu danken. Wir begrüßen es, daß auch sie sich dieser Daueraufgabe im Interesse der bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien weiterhin verstärkt annehmen werden. Wir werden sie dabei unterstützen. (-/27.2.1985/va/ks)

+ + +



Wahlen in Pakistan

Demokratisierung oder reine Machterhaltung?

Von Georg Schlaga MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

General Zia ul Haq kam 1977 durch einen Militärputsch an die Macht. Seit dieser Zeit ist die pakistanische Verfassung außer Kraft gesetzt. Dem gestürzten Premier Bhutto wurde der Prozeß wegen angeblicher Wahlfälschung und wegen Mordes gemacht. Zia ul Haq ließ Bhutto 1979 wegen Mordes verurteilen und hinrichten. In Pakistan herrscht seither das Kriegsrecht. Zia selbst nennt sich oberster Kriegsrechtsverwalter.

Außer Kommunal- und Bezirkswahlen im Jahre 1980 hatte Zia keine Wahlen zugelassen. Eine Ausnahme war das Referendum vom 19. Dezember 1984, bei dem Zia ul Haq für sein Islamisierungsprogramm und seine Bestätigung für weitere fünf Jahre als Staatsoberhaupt abstimmen ließ. Politische Beobachter sprachen seinerzeit von einer Wahlbeteiligung von nur acht bis zehn Prozent.

Zias Absicht war es, die Herrschaft der Landlords unter Kontrolle zu bekommen und die Reislamisierung des Staates, vor allem des gesamten Rechtswesens voranzutreiben. Die Abschaffung der englischen Rechtsprechung und die Durchsetzung des islamischen Rechts beinhaltet die Gefahr der Wiederbelebung des Prinzips Auge um Auge, Zahn um Zahn. Auch die Rechte der Frauen würden stark zurückgedrängt. Eine Demokratisierung nach westlichem Muster komme für Pakistan nicht in Frage, so hat sich Zia ul Haq in der Vergangenheit geäußert.

Inzwischen hat Zia alle Parteien verbieten lassen. Nicht einmal Berichte der Presse über parteipolitische Veranstaltungen sind erlaubt. Die Presse unterliegt offensichtlich einer Zensur.

Aus den jetzt beendeten Wahlen soll ein neues Parlament mit 217 Sitzen hervorgehen, ohne daß die Kandidaten von Parteien benannt werden konnten. Es handelt sich in der Regel um Politiker, die Zia nicht allzu viel Widerstand entgegensetzen werden. Immerhin bewarben sich insgesamt 1.056 Kandidaten um ein Mandat. Sie wissen jedoch nichts über ihre Rechtsstellung und ihren Auftrag im Falle ihrer Wahl.

AFP (englisch) aus Karachi meldete am 21. Februar 1985: "Mindestens 1.500 Personen, unter ihnen auch Oppositionsführer, sind als vorbeugende Maßnahme - um einen friedlichen Verlauf der allgemeinen Wahlen am 25. Februar sicherzustellen - in der süd-pakistanischen Provinz Sind inhaftiert worden... Unter den Verhafteten befinden sich weitere Führer der Oppositionsparteien, die die Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (BWD - eine Elf-Parteien-Koalition -) bilden. Andere prominente Politiker der BWD waren bei früheren Polizeirazzien verhaftet worden."

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Wahl in Pakistan geben wenig Anlaß zur Hoffnung auf einen wirklichen Demokratisierungsprozeß. (-/27.2.1985/va/ks)

+ + +

